

„Politik richtet sich gegen Gymnasien“

BILDUNG | CDU-Fraktion kritisiert Bevorzugung der Gesamtschulen – Förderschule soll erhalten bleiben

Der schulpolitische Sprecher der Fraktion, Kai Seefried, fordert Korrekturen beim Abitur nach acht Jahren. Der niedersächsischen Landesregierung wirft er fehlende Dialogbereitschaft vor.

VON ROLF SEELHEIM
UND ULRICH SCHÖNBORN

FRAGE: *Seiten hat eine Landesregierung in so kurzer Zeit Eltern, Lehrer und Schüler gegen sich aufgebracht wie diese mit ihrem Beschluss, die Regelunterrichtszeiten für*

Gymnasiallehrer zu erhöhen. Ist diese Maßnahme vertretbar – auch angesichts der Einspar-effekte, die damit erzielt werden können?
SEEFRIED: Der Schaden, den Rot/Grün hier angerichtet hat, ist riesengroß. Ich weiß nicht, wie man diesen Schaden in den Schulen wieder richtig beseitigen kann. Es gibt landesweit Demonstrationen und die Einstellung von Angeboten im außerschulischen Bereich, also genau das, was zu sinnvoller pädagogischer Arbeit gehört. Aus finanzieller Sicht wären die Maßnahmen nicht notwendig gewesen.

FRAGE: *Ist es richtig, dass die Lehrer Klassenfahrten bestreiten und den Konflikt auf dem Rücken der Schüler austragen?*

SEEFRIED: Ich kann die Situation der Lehrkräfte sehr gut nachvollziehen. Sie müssen sehen, wie sie ihre Position

DER SCHUL-EXPERTE

Kai Seefried (36) ist seit Februar 2008 Mitglied des Niedersächsischen Landtags. Er vertritt die Fraktion in schulpolitischen Fragen.

Der CDU-Politiker, von Beruf Tischlermeister, kommt aus dem Wahlkreis Stade, wo er sich in der Gemeinde Drochtersen und im Kreistag auch kommunalpolitisch engagiert.



Kai Seefried, schulpolitischer Sprecher (CDU) BILD: VON REEKEN

gegenüber der Landesregierung verdeutlichen können. Wir müssen aber auch die Schülerinnen und Schüler im Blick haben. Wir werden die Landesregierung weiter aufordern, den Beschluss zurückzunehmen. Die finanziellen Möglichkeiten dazu hat sie. Da der Beschluss erst zum 1. August greifen würde, kann der Protest noch zu einem guten Ergebnis führen. Rot/Grün muss es nur wollen.

FRAGE: *Ein weiteres Aufregertema ist die Diskussion um G8 und G9, also das Abitur nach acht oder neun Jahren. Der Ministerpräsident hält sich bedeckt und will ein Expertengutachten abwarten. Wie schätzen Sie die Haltung der Landesregierung dazu ein?*

SEEFRIED: Der Ministerpräsident merkt, dass die aktuelle Bildungspolitik gegen Rot/Grün läuft und nimmt seiner Ministerin das Thema ein

Stück weit aus der Hand. Wir haben ein angebliches Dialogforum. Das hat einmal getagt und jetzt wird hinter verschlossenen Türen in einer Expertenkommission gearbeitet.

Von Transparenz und Dialog kann überhaupt nicht mehr die Rede sein. Ich bin nun sehr gespannt, was die Regierung vorlegt. Grundsätzlich ist klar, dass bei G8 etwas verändert werden muss. Wir werden als CDU-Fraktion entsprechende Konzepte erarbeiten, da sind wir gerade in der internen Beratung.

FRAGE: *Für Unruhe sorgt auch die Inklusion – ein Gesetz, das noch unter Schwarz/Gelb verabschiedet worden ist und in seinen Auswirkungen teilweise unterschätzt wurde. Wie beurteilen Sie die aktuelle Situation.*

SEEFRIED: Ich glaube nicht, dass wir die Auswirkungen der

Inklusion unterschätzt haben. Wir haben uns die Beratung damals nicht leicht gemacht und drei Jahre an dem Gesetz gearbeitet. Überschrift dieses Schulgesetzes ist die Wahlfreiheit zwischen allgemeinbildender Schule und Förderschule.

Genau diese Wahlfreiheit will Rot/Grün jetzt abschaffen. Es muss aber unsere Aufgabe sein, die Probleme, die an den Schulen auftreten, zu lösen und die Verunsicherung zu beseitigen.

FRAGE: *Haben Sie Verständnis für die Sorgen der Eltern sowohl der betroffenen als auch der nicht betroffenen Kinder?*

SEEFRIED: Ich habe sehr großes Verständnis dafür. Diese Verunsicherung ist auf allen Ebenen zu spüren: bei den Eltern, bei den Schülerinnen und Schülern und bei den Lehrkräften, auf die ganz neue Herausforderungen zukom-

men. Deswegen sind Qualifikation und ausreichend Weiterbildungsangebote ganz wichtig. Und wir als Land müssen ganz genau hinschauen, wo es Probleme gibt und wo nachgesteuert werden muss, anstatt über die Abschaffung weiterer Förderschulen zu reden.

FRAGE: *Aus Oppositionskreisen hört man immer wieder, die Landesregierung benachteilige die Schulform Gymnasium. Woran genau machen Sie das fest?*

SEEFRIED: Wir erleben ganz eindeutig eine Politik, die sich gegen das Gymnasium richtet. Die Integrierten Gesamtschulen werden bevorzugt. Es gibt Stellenverschiebungen zu Lasten der Gymnasien hin zu Gesamtschulen, wir haben eine einseitige G9-Entscheidung zugunsten der IGS. So schneidet man Stück für Stück von der Qualitätsschule Gymnasium ab.

FRAGE: *Migranten und Flüchtlinge aus Krisengebieten bringen auch Kinder mit. Wie sollen diese integriert werden?*

SEEFRIED: Die Landesregierung vernachlässigt dieses Thema gerade im Bereich der Schule. Zuwanderung kann eine Chance sein. Sie funktioniert aber nur, wenn damit eine gute Bildung einher geht. Viele Schulen sind mit dieser Situation aber überfordert. Wir werden die Landesregierung deshalb auffordern, mehr Förderung auch direkt an den kleinen Schulstandorten zur Verfügung zu stellen – insbesondere im Bereich der Sprachförderung.